

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 12, Berichte von der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. am 24./25. März 2018 in Mannheim. V.i.S.d.P. Christoph Cornides c/o Verein für Politische Bildung linke Kritik und Kommunikation, Marienstr. 32, 50825 Köln

Inhalt	Fortentwicklung des Projekts „Wegemarken – Kalenderblätter“. EVA DETSCHER, ROLF GEHRING	11
Protokoll	Gliederung Politische Berichte und Sachstand www.linkekritik.de. MARTIN FOCHLER	12
Samstag, 24 März.	Themenheft „Religionsfreiheit und linke Politik“ liegt vor.	13
Europäische Sozialpolitik – Was ist, was kommt, was fehlt? Interview mit GABRIELE ZIMMER	Sonntag, 25 März	
Französische Wirtschaftspolitik im Wandel – Rückblick auf ein Jahr Macron. EILEEN KELLER, Deutsch-Französisches Institut, keller@dfi.de	Die Entwicklungen in der Türkei, der türkische Einmarsch in Nordsyrien und die deutsche Türkeipolitik – welche parlamentarische Intervention dagegen ist möglich? Bericht zur Diskussion von GÖKAY AKBULUT, MdB:	15
Europäische Gewerkschaftskooperation und die institutionalisierten Arbeitsbeziehungen in Frankreich. ROLF GEHRING, BRÜSSEL	SINAN ÖNAL Ko-Repräsentant der HDP in Deutschland: Völkerrechtswidriger Angriff und Besetzung Afrins – GÖKAY AKBULUT MdB: Zur deutschen Türkei und Kurdenpolitik – Dok: Fraktion und Partei die Linke zum Thema – RUDOLF BÜRDEL Die Linke Karlsruhe: Deutsche Waffenexporte – TAHIR KOCER, NAVDEM Co-Vorsitzender: Repressionen gegen die KurdInnen in Deutschland	
Französische Gewerkschaften – Betriebliche Interessenvertretung in Frank- reich – Streikrecht		
<i>Haushalt und Projektberichte</i>		
Haushalt		10

PROTOKOLL der Jahrestagung 2018 des Vereins

Samstag, 24. März 2018: Top Europäische Sozialpolitik, deutsch-französische Zusammenarbeit

1.) Gabriele Zimmer, Mitglied des europäischen Parlaments für die Partei die Linke, Vorsitzende der Fraktion Vereinigte Linke / Nordische Grüne Linke, hält einen Vortrag „Europäische Sozialpolitik – Was ist, was kommt, was fehlt?“

In der Diskussion und in der Beantwortung von Fragen wird sie unterstützt durch Ihren Referenten Thilo Jannsen.

2.) Dr. Eileen Keller, Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, hält einen Vortrag „Französische Wirtschaftspolitik im Wandel“

3.) Rolf Gehring, Mitarbeiter der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter in Brüssel hält einen Vortrag „Institutionalisierte Arbeitsbeziehungen in Frankreich / Gewerkschaftskooperation Frankreich-Deutschland“.

Top Vereinsangelegenheiten:

1.) Berichte des Vorstandes

Martin Fochler erläutert die Berichte des Vorstandes zu den Politischen Berichten, deren veränderten Gliederung sowie Hinweise zur Nutzung von „www.linkekritik.de“. Die Berichte werden entgegengenommen.

2.) Rüdiger Lötzer erläutert den vorliegenden Haushaltsbericht 2017 und Haushaltsplan 2018. Der Bericht über die Kassenprüfung liegt vor. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstandes.

Das geschieht einstimmig.

Der Haushaltsplan für 2018 wird einstimmig gebilligt.

3. Wahlen:

a) Als Sprecherin und Sprecher des Vorstandes werden Brigitte Wolf und Christoph Cornides einstimmig wiedergewählt.

b) Als Verantwortlicher für Finanzen wird Rüdiger Lötzer einstimmig wiedergewählt.

c) In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig gewählt:

Eva Detscher, Thorsten Jannoff, Alfred Küstler, Jörg Detjen, Martin Fochler, Rosemarie Steffens, Karl-Helmut Lechner und Michael Ohse.

d) Als zusätzliche Mitglieder des Präsidiums werden Barbara Burkhardt und Claus Udo Monica einstimmig wiedergewählt.

e) Als Kassenprüfer werden Harald Gindra und Bruno Rocker mit einer Enthaltung ohne Gegenstimmen gewählt.

f) In den Herausgeberkreis der Politischen Berichte werden einstimmig gewählt:

Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

g) Redaktion Politische Berichte:

Als Mitglieder der Redaktion der Politischen Berichte werden bestätigt:

Alfred Küstler, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Thorsten Jannoff, Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens, Martin Fochler, Eva Detscher, Jörg Detjen, Barbara Burkhardt.

Sonntag 25. März 2018: Top: Die Entwicklung der Türkei, der türkische Einmarsch in Nordsyrien und die deutsche Türkeipolitik – welche parlamentarischen Intervention dagegen ist möglich?

1.) Sinan Önal, Ko-Repräsentant der HDP Deutschland hält einen Vortrag „Invasions-Angriffe der türkischen Regierung auf Afrin und alle damit verbundene Aspekte“. Dabei und in der Diskussion wird er unterstützt von Tahir Köcer (Nav-Dem).

2.) Gökay Akbulut, MdB die Linke und Mitglied der Linksfraktion in der Delegation des Bundestages im Euro-

parat, hält einen Vortrag „Zur deutschen Türkei und Kurdenpolitik“.

3.) Rudolf Bürgel hält einen Vortrag „Waffenlieferungen der BRD an die Türkei und BRD-Beteiligung am Krieg gegen Afrin“.

Protokoll: Claus Udo Monica

Europäische Sozialpolitik – Was ist, was kommt, was fehlt? Interview mit Gabriele Zimmer*



Sehr gefreut hat uns, dass Gabi Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2004, seit 2012 Vorsitzende der Fraktion Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) auf unserer Tagung aus der Perspektive einer langjährigen Arbeit im EU-Parlament und damit in den bestehenden Strukturen auch der Zusammenarbeit unter den linken Parteien berichtet hat. Das folgende Interview reflektiert die Schwerpunkte des Vortrags sowie einige Aspekte der Diskussion.

Internetauftritt von Gabi Zimmer: <http://www.gabizimmer.eu>

Dich bewegt, wie uns alle, die Zukunft der EU als Institution wie auch die Entwicklung der transnationalen Zusammenarbeit der Länder Europas im Hinblick auf drängenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft. Welche Probleme, aber auch welche offenen Fenster für eine gelingende europäische Zusammenarbeit, die auch in den Staaten mehrheitliche Zustimmung finden kann, möchtest Du hervorheben?

Probleme gibt es einige. Wachsende ökonomische und soziale Ungleichgewichte zwischen den EU-Ländern. Die Ziele zum Klimaschutz werden absehbar verfehlt. Die Gefahr einer erneuten Finanzkrise wächst. Es drohen bewaffnete Konflikte, an denen die EU beteiligt ist. All diese Dinge beeinflussen direkt mühselig errungene soziale und ökologische Schutzstandards. Das Mantra neoliberaler Politik ist die Privatisierung des Öffentlichen, der Gemeingüter und der Abbau des Sozialschutzes. Ängste vor sozialem und gesellschaftlichem Abstieg wachsen. Gleichzeitig gilt: Heute können wir soziale Sicherheit nicht mehr im Nationalstaat allein gewährleisten. Wir brauchen EU-weite Standards. Sie müssen dafür sorgen, dass ein Wettbewerb zum Beispiel um niedrige Renten und Löhne verhindert wird. Skandale wie der um legale Steuerhinterziehung in Luxemburg (Luxleaks) oder die katastrophale EU-Politik gegenüber den Menschen in Griechenland zeigen: Wir brauchen die europäische Integration, aber wir müssen die EU vom Kopf auf die Füße stellen! Wer keine Angst um die eigene Zukunft und die seiner Kinder haben muss, ist weniger anfällig für die menschenverachtenden Parolen der Rechtsextremen. Wir müssen unser Leben ins Gleichgewicht bringen: Arbeiten um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten. Darum muss es auch in der EU-Politik gehen. Wenn wir solche Forderungen gemeinsam und konsequent kommunizieren, finden wir auf die Dauer auch die Mehrheiten dafür.

Die Tatsache, dass 17 Millionen Menschen innerhalb der EU mobil unterwegs sind, ist ein Hinweis darauf, dass die EU als Raum der Lebensgestaltung wahrgenommen wird. Unter dem Schlagwort „2020-Strategie“ mit einem ehrgeizigen Zeitplan bis zur 2. Hälfte 2019 sollte – so war der Plan 2010 – der Armut und Ungleichheit in Europa begegnet werden. Was waren die wesentlichen Ziele dieser Strategie? Kann man sagen, dass hier die EU einen guten Weg beschritten hat und wie stehen die Chancen?

Die EU-Ziele klangen zunächst gut: Armut senken, mehr Arbeitsplätze, Schutz des Klimas. Jedoch war die Politik der 2020-Strategie falsch. Sie hat auf mehr Wettbewerb statt auf Zusammenhalt gesetzt. Sie hat soziale Kürzungen

vorangetrieben und so die Armut und Arbeitslosigkeit erhöht und in vielen Ländern die Wirtschaft geschwächt. Deshalb müssen wir umsteuern: Stopp der Privatisierung von Dienstleistungen und sozialer Vorsorge. Mehr öffentliche Investitionen. Gemeinsame EU-Standards für starke Sozialsysteme, Tariflöhne und demokratische Kontrolle. So können wir weniger Armut, bessere Löhne und umweltverträgliches Wachstum erreichen.

Wir sehen ein großes Problem darin, dass die Unkenntnis über die Arbeitsweise der EU und ihrer – zahlreichen ineinandergreifenden – Institutionen Populisten in die Hände spielt. Kannst Du uns aktuelle Streitpunkte auf der Ebene der EU schildern und uns Hinweise geben, auf welche Unterscheidungen – z.B. Sozial- gegenüber Arbeitsrecht – wir mehr achten müssen?

Wie im Stadtrat, im Landesparlament oder im Bundestag auch gibt es in der EU politische Kämpfe um den richtigen Weg. Leider ist es in der EU wie in Deutschland: Die Konservativen geben seit Jahren den Ton an. Die Linken befinden sich in der Defensive, verweigern aber eine Debatte über die Ursachen ihrer Schwäche. Es wird Zeit, dass die Linken im Marxschen Sinne die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Wandel analysieren und was sie mit welchen Bündnispartner*innen verändern wollen. Die EU muss weiter demokratisiert werden. Das Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Bevölkerungsgruppen verteidigt werden. Es geht um mehr als das fehlende Initiativrecht des EP. Es geht um mehr Partizipation von Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften. Es geht um soziale und ökologische Initiativen auf kommunaler, regionaler und Landesebene und darüber hinaus. Die Zusammenarbeit zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission ist zwar in den letzten Jahren besser geworden. Das EU-Parlament, dass als direkt gewählte Versammlung näher an der Lebenswirklichkeit ist als die Beamten von Rat und Kommission, müht sich nach Kräften, mehr bindende Verpflichtungen für mehr soziale Sicherheit, den Schutz von Umwelt und Natur und die Persönlichkeitsrechte durchzusetzen. Es beißt aber oftmals gerade bei den Vertretern der EU-Länder auf Granit. Um vollmundige Ankündigungen zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der EU Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es jeweils der konkreten Instrumente, Mechanismen und Finanzen. Es muss gelingen, diese auf EU-Ebene gesetzlich abzusichern. Alles andere bleibt Gerede!

Wir verhandeln derzeit im sozialen Bereich über einige neue EU-Gesetze. Zum Beispiel soll es neben Elternzeit in Zukunft auch Zeit für die Pflege von Angehörigen geben.

* **Gabriele Zimmer** ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei Die Linke. Sie ist Vorsitzende der Fraktion Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL). Im Europäischen Parlament ist sie Mitglied in der Konferenz der Präsidenten sowie in der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Moldau; als stellvertretendes Mitglied arbeitet sie im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU sowie der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Euronest.

Wir wollen hier auch erstmals für alle EU-Länder vorschreiben, dass solche familiären Auszeiten voll vergütet werden müssen. Die Konservativen wollen das natürlich verhindern.

Auseinandersetzungen gibt es auch um grundlegende Standards im Arbeitsschutz: Zum Beispiel, wann ein Arbeitnehmer schriftlich über seine Arbeitsbedingungen informiert werden muss – am ersten Tag oder erst nach zwei Monaten? Die Konservativen würden gern ausbeuterische Arbeitsformen wie Arbeit auf Abruf als „normale“ Arbeitsform auf EU-Ebene festschreiben. Diese Form der Ausbeutung ist auch als Null-Stunden-Vertrag bekannt. Wir Linken wollen dies verbieten und die tarifliche Vollzeitarbeit mit Sozialversicherungsschutz wieder zur absoluten Norm machen. Daran sieht man: Auf EU-Ebene wird parteipolitisch um grundlegende Dinge gestritten, die für unser aller Leben wichtig sind!

Was kommt jetzt? Welche Themen unter den vielen, die auf europäischer Ebene zu bearbeiten sind, könnten für eine linke Politik Möglichkeiten zur Initiative und zur Zurückweisung der populistischen und extrem Rechten bieten?

Die Kommission hat neue Vorschläge für Gesetze gemacht zur Elternzeit, für grundlegende Arbeitsbedingungen oder für eine EU-Arbeitsbehörde, die grenzüberschreitenden Sozialbetrug von Unternehmen verfolgen soll. Ich arbeite gerade als zuständige Abgeordnete der Linksfraktion an der EU-Verordnung, welche die sozialen Systeme der EU-Länder miteinander koordiniert, wenn Menschen in ein anderes Land ziehen. Alle diese Initiativen sind wichtig. Sie können dazu beitragen, dass die EU sozialer wird. Am Ende wird es auf die politischen Mehrheiten ankommen, welche Inhalte wir durchsetzen können. Wir müssen stets die soziale Frage in den Vordergrund stellen – Lebensbedingungen, Umverteilung, Arbeit und Freizeit. Die Digitalisierung ist dabei sehr wichtig: Welche Arbeitsplätze entstehen, welche verschwinden? Wie gehen wir mit künstlicher Intelligenz um? Grundsätzlich gilt: Je sozialer und fairer es in der EU zugeht, desto weniger haben die rechten Parteien die Chance, Menschen gegeneinander auszuspielen.

Solidarische Sicherungssysteme, wie sie sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten entwickelt haben, sind durch die Gesetze auf Ebene der Nationalstaaten anerkannt worden. In Ergänzung dazu bedarf es übergreifende Regelungen, die auf EU-Ebene hinzukommen müssen. Welche Art der Koordination der nationalen solidarischen Sicherungssysteme gibt es bereits, und wo siehst Du Bedarf und Möglichkeit einer Neuordnung?

Bisher haben wir eine Koordinierung der sozialen Systeme, die dann greift, wenn Menschen in der EU Ländergrenzen überschreiten. Wenn ich im Urlaub einen Unfall in Spanien habe, kann ich dort mit meiner europäischen Krankenversicherungskarte einfach zum Arzt gehen. Wenn ich in meinem Leben erst in Deutschland, dann in Belgien und dann in Österreich arbeite, werden bei Erreichen des Rentenalters alle meine erworbenen Rentenansprüche zusammengerechnet. Dies regelt die EU bereits.

Gleichzeitig ermöglicht sie es jedoch den EU-Ländern, Nichterwerbstätige von allen Sozialleistungen auszuschließen. Die Vielzahl der vor allem osteuropäischen Obdachlosen auf den Straßen Berlins, Köln oder Hamburgs ist darauf zurückzuführen. Diese Menschen bleiben außen vor. Wir produzieren so eine Armut, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gekannt haben. Um diese Probleme zu lösen bedarf es dreierlei: Erstens brauchen wir soziale EU-Standards für alle EU-Länder, die sich auf die jeweilige Wirtschaftskraft und die Lebenshaltungskosten

beziehen. Die EU sollte zum Beispiel vorschreiben, dass alle Länder Mindesteinkommen einführen müssen, die oberhalb der nationalen Armutsschwelle liegen. Die wäre dann in Rumänien natürlich niedriger als in Österreich. Dennoch würden die Menschen auch in Rumänien gegen Armut abgesichert und hätten damit einen Grund weniger, aus purer Not ihre Heimat zu verlassen. Solche Standards wären mittelfristig auch für Renten und Arbeitslosenleistungen denkbar. Natürlich muss es immer um Angleichung nach oben gehen! Hier wird es auf die richtigen politischen Mehrheiten ankommen. Zweitens brauchen wir die notwendige finanzielle Unterstützung für diese Länder, um solche sozialen Systeme einzurichten. Es geht hier erstmal um finanzielle Starthilfe. Drittens sollten wir allen EU-Bürger*innen sozialen Schutz gewähren, egal wo sie in der EU leben. Im 21. Jahrhundert sollte niemand auf der Straße leben müssen und bei einer Krankheit nicht zum Arzt gehen können.

Der Brexit stellt eine von vielen unterschätzte Veränderung der EU dar. Nicht zuletzt entsteht ein Finanzierungsloch aufgrund konkreter Pläne wie z.B. der Erhöhung des EU-Militärhaushalts. Es steht zu befürchten, dass hier Finanzierungslücken beim Sozialfonds entstehen. Siehst Du Möglichkeiten, dies so thematisieren, dass es eine echte Chance für eine solidarische Bewegung gibt, die nicht die EU als Gegner, sondern als Adressat ihrer Forderungen begreift?

Der Brexit stellt uns in der Tat vor große Herausforderungen. Er bietet uns aber auch die Möglichkeit, deutlich zu zeigen, was in der EU alles falsch läuft und was mit der Linken anders werden kann. Es wird weder ein „Weiter so“ noch ein „Zurück zum Nationalstaat“ geben. Die Briten bekommen leider die negativen Konsequenzen des Austritts bereits zu spüren. Die Regierung nimmt weitere soziale Kürzungen vor, der Frieden im Norden Irlands ist in Gefahr. Die Finanzierungslücke, die im EU-Haushalt durch den Brexit entsteht, ist groß. Zudem haben sich die konservativen Mehrheiten in den EU-Ländern geeinigt, mehr in militärische Rüstung zu stecken, anstatt die wirtschaftliche Angleichung stärker zu fördern. Wir können dem eine soziale Bewegung entgegen stellen, die sagt: Ein starker EU-Haushalt kommt allen Menschen zugute, sowohl in den ärmeren als auch in den reicheren Ländern. Sicherheit schaffen wir nicht durch mehr Waffen und Militäreinsätze, sondern durch eine soziale Handelspolitik. Innerhalb der EU exportiert Deutschland bekanntlich viel mehr Güter als es selbst verbraucht. Das bedeutet: Die anderen Länder müssen Schulden machen, damit sie den deutschen Überschuss aufnehmen können. Das ist auf die Dauer absurd. Wenn wir in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich schließen, unser Sozial- und Rentensystem sanieren und den arbeitenden Menschen endlich wieder richtig gute Löhne zahlen, dann hilft das den Menschen in Deutschland und allen anderen allen in der EU. Sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich schafft eine Win-Win-Situation. Das müssen wir klar machen.

Du kandidierst 2019 nicht mehr für das EU-Parlament. Wir würden uns freuen, wenn Du uns etwas mitteilen könntest über Deine Sicht auf das Verhältnis der Linken zur EU und welche Diskussionen Du in dieser Hinsicht für erforderlich hältst.

Die Linken in den verschiedenen EU-Ländern haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zur EU. Dies ist in den meisten Fällen auch verständlich, vor allem in den südlichen Ländern wie Spanien oder Griechenland, wo die von der Eurogruppe erzwungenen Reformen die großen Banken retten und dafür die Wirtschaft kollabieren ließen. Armut und Arbeitslosigkeit sind nach wie vor unerträglich hoch. ▶

- ▶ Es entstehen zwar inzwischen neue Jobs, aber meistens prekär und ohne vernünftigen Sozialschutz. Das Misstrauen gegenüber der EU ist deswegen bei den dortigen Linken gewachsen, die früher pro-europäischer waren. In Skandinavien sind dagegen die Linken traditionell EU-kritisch. Dort herrscht die Angst vor, dass EU-Politik sich allgemein negativ auf die verhältnismäßig guten sozialen Systeme auswirkt. Als Fraktionsvorsitzende der vielen linken Parteien im EU-Parlament habe ich stets versucht, zwei Dinge zu vermitteln: Erstens ist die Linke in der EU nur von Bedeutung, wenn wir über alle Unterschiede hinweg zusammenarbeiten und unsere gemeinsamen Ziele verfolgen. Zweitens mag eine Rückkehr in den Nationalstaat und Abschottung nach außen zwar romantisch klingen.

Sie ist aber nicht realistisch. Wir brauchen eine gemeinsame linke Europapolitik. Hier ist noch viel Arbeit zu tun. Aber eines muss klar sein: Wir haben die historische Aufgabe, Menschlichkeit und gutes Leben einerseits gegen die Nationalisten und andererseits gegen die Marktradikalen zu verteidigen. Wir müssen die dritte Kraft sein, die das Terrain wieder gut macht, dass die Sozialdemokraten in den letzten 30 Jahren aufgegeben haben. Dabei muss allen bewusst sein: Die sozialen Kämpfe des 21. Jahrhunderts werden nicht allein im Nationalstaat gewonnen werden. Nationale soziale Errungenschaften werden wir nur verteidigen können, wenn wir sozialer Pfeiler mindestens auf europäischer, wenn nicht auf globaler Ebene einschlagen. Das ist die Aufgabe der Linken.

Wir bedanken uns für das Interview und freuen uns auf jede weitere Zusammenarbeit mit ihr.
Die Interviewfragen stellte EVA DETSCHER, Karlsruhe

Französische Wirtschaftspolitik im Wandel – Rückblick auf ein Jahr Macron

Eileen Keller*, Deutsch-Französisches Institut, keller@dfi.de

Im sicherlich ungewöhnlichsten Wahlkampf der V. Republik wurde Emmanuel Macron vor einem Jahr zum französischen Präsidenten gewählt – als von den großen Parteien unabhängiger Kandidat, der mit seiner eigenen Bewegung *En Marche* angetreten war, die er rund ein Jahr vor den Wahlen quasi aus dem Nichts aus dem Boden gestampft hat. Was hat sich seitdem in Frankreich getan?

Zunächst sei die Ausgangslage noch einmal in Erinnerung gerufen: Macron hatte im Mai 2017 einen deutlichen Wahlsieg errungen, den ihm noch wenige Monate zuvor kaum jemand zugetraut hatte. Dennoch darf das deutliche Ergebnis in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, in der er sich klar gegen die Kandidatin des rechtspopulistischen *Front national*, Marine le Pen, durchgesetzt hatte, nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Wahlkampf deutliche Spaltungstendenzen in der Gesellschaft zu Tage getreten sind zwischen prosperierenden und abgehängten Gebieten des Landes, zwischen besser (und häufig finanziell gut gestellten) und weniger gut Gebildeten (bzw. in prekären Verhältnissen lebenden Personen), zwischen Optimisten und Pessimisten, was die eigene Zukunft betrifft, und nicht zuletzt zwischen Europaskeptikern und überzeugten Proeuropäern.

Ausgangslage

Macron hat die Verantwortung für das Land in einer für Frankreich schwierigen Zeit übernommen. Frankreichs Wirtschaft schwächelte in den vergangenen Jahren. Hohe Abgabenlasten und rigide Regelsysteme schränkten die Investitions- und Handlungsspielräume vieler französischer Unternehmen ein. Allein in der Industrie gingen seit den 1980er Jahren über 2 Millionen Arbeitsplätze verloren. Französische Produkte waren auf den Weltmärkten weniger nachgefragt und das Außenhandelsdefizit vergrößerte sich. Die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich

im Vergleich zu den europäischen Nachbarn und der Aufschwung ging langsamer voran als andernorts. Die Arbeitslosenzahlen stagnierten auf hohem Niveau und wollten nicht sinken, obwohl schon Macrons Amtsvorgänger die Umkehrung der Arbeitslosenkurve zum Gradmesser seiner Amtszeit gemacht hatte.

Wie fast nirgendwo sonst in Europa hatten in Frankreich viele Bürger das Gefühl, sich in einer verfahrenen Situation zu befinden, auf der Stelle zu treten in einem festgefahrenen System, das kein Vorankommen erlaubt. Auf die Frage, ob sich die Dinge im eigenen Land eher in die richtige oder die falsche Richtung entwickelten, gaben im Frühjahr 2016 gut drei Viertel der Franzosen an, dass es in die falsche Richtung gehe. Nur in Griechenland war der Anteil derer, die unzufrieden mit den Entwicklungen im eigenen Land sind, größer. In einer Umfrage, in der Franzosen für über 100 Begriffe angeben sollten, wie sehr sie sie mit Frankreich verbinden, landeten „Arbeitslosigkeit“, „Krise“ und „Streiks“ auf den vorderen drei Plätzen. Viele Franzosen hatten das Gefühl, dass ihre eigenen Interessen nicht hinreichend im politischen System vertreten seien und dass, insgesamt gesehen, die Politiker zu wenig das Allgemeinwohl im Sinn hatten.

Bei allen Überraschungen und Unwägbarkeiten, die den französischen Wahlkampf prägten (Verzicht des amtierenden Präsidenten, François Hollande, ein zweites Mal zu kandidieren, die Ermittlungen gegen den Kandidaten des konservativen Lagers, François Fillon) verwundert es in Anbetracht dieser Ausgangslage wenig, dass letztlich diejenigen Kandidaten besonders erfolgreich waren, die dezidiert für politische Veränderungen eintraten, wenngleich auch mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen: Marine Le Pen mit ihrem nationalistischen, europafeindlichen Kurs auf der einen Seite und Emmanuel Macron auf der anderen, der mit seinem offensiv pro-europäischen Kurs nicht weniger versprach als Frankreich durch eine demokrati-

* **Dr. Eileen Keller** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut (dfi) in Ludwigsburg und betreut dort den Arbeitsbereich Wirtschaftspolitik. Im Anschluss an ihr Studium der Sozialwissenschaften in Stuttgart und Bordeaux hat sie in Berlin und Paris zur Entwicklung der Rolle der Banken in Deutschland und Frankreich promoviert, als Postdoc am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz geforscht und an der James Madison University unterrichtet.

sche Revolution und einen Bruch mit der Art und Weise, wie in der V. Republik über viele Jahre Politik gemacht wurde wieder auf den Weg des Wohlstandes zu führen. Der neue Präsident stand zu Beginn seiner Amtszeit daher vor der großen Herausforderung, einer zutiefst verunsicherten Gesellschaft wieder Optimismus einzuhauchen.

Reformprioritäten

Gleich nach seiner Wahl hat sich Emmanuel Macron an die Umsetzung seines Programms gemacht und die ansonsten in Frankreich heilige Sommerpause für seine Stäbe und die Zuständigen in den Ministerien weitestgehend ausfallen lassen. Die erste große Reform seiner Amtszeit – die Reform des Arbeitsmarktes – wurde bereits im September vorgelegt. Seitdem wurden zahlreiche weitere Reformprojekte in Angriff genommen. Wichtig war dem Präsidenten dabei, schon 2017 die Verschuldungsgrenze des Stabilitätspakts einzuhalten und ein klares Signal der Entschlossenheit auch an Deutschland zu senden. Hierfür sah sich die Regierung von Premierminister Edouard Philippe zu teils unpopulären Maßnahmen gezwungen wie die Kürzung des Wohngelds oder die Streichung subventionierter Arbeitsplätze.

Inhaltlich ist die ambitionierte Reformagenda Macrons vor allem davon geprägt, die eigene Wirtschaft durch die Schaffung von mehr Flexibilität und Investitionsspielraum (vor allem für Unternehmen) gekoppelt mit einem besseren Schutz der Arbeitnehmer zu stärken. Auf der Flexibilisierungsseite wurden der Kündigungsschutz gelockert, Abfindungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen gedeckelt und die Möglichkeiten, Betriebsvereinbarungen zu schließen ausgeweitet.

Gleichzeitig wurden Unternehmen durch eine Reihe von Maßnahmen finanziell entlastet. Dazu zählen die einheitliche Besteuerung von Kapital (30 %), die Umwandlung der Vermögenssteuer in eine Immobiliensteuer, die schrittweise Absenkung der Körperschaftssteuer auf 25 % (was dem europäischen Durchschnitt entspricht) und die Senkung der Sozialbeiträge für Unternehmen. Außerdem soll die Fusion gesetzlich vorgeschriebener Gremien der Arbeitnehmervertretung in Betrieben mit mehr als zehn Mitarbeitern Kosten sparen. Weitere Erleichterungen, insbesondere für kleinere und mittelständische Unternehmen, sind in einem weiteren Aktionsplan der Regierung vorgesehen (Plan d'action pour la croissance et la transformation des entreprises, Pacte).

Im Gegenzug zielen die seit dem Jahreswechsel in Angriff genommenen Reformen stärker auf eine bessere Absicherung der Arbeitnehmer ab. Kurz gesagt geht es darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre berufliche Zukunft selbst(bewusst) zu gestalten. Selbstständige können künftig sechs Monate lang eine Grundsicherung von 800 Euro beziehen, wenn sie Konkurs angemeldet haben und zuvor einen jährlichen Gewinn von rund 10 000 Euro erwirtschafteten. Auch haben Arbeitnehmer, die selbst kündigen, künftig Anspruch auf Arbeitslosengeld, sofern sie weitere Bedingungen erfüllen und ein konkretes, realisierbares Projekt zur beruflichen Weiterentwicklung vorweisen. Zusätzlich soll die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Arbeitnehmer verbessert werden, indem der Zugang zu Weiterbildungsangeboten vereinfacht wird und die Passgenauigkeit der Angebote wie auch die Transparenz hinsichtlich ihrer Qualität sichergestellt.

Daneben nimmt Macron ganz dezidiert auch die gesell-

deutsch | français | english



dfi Deutsch-Französisches Institut

BUNDESANSTALT FÜR SPRACHEN

FrankreichBibliothek

Über das dfi

- Frankreich-Bibliothek
- Themen / Projekte
- Veranstaltungen
- Dienstleistungen
- Veröffentlichungen



Zum dfi: Das Deutsch-Französische Institut (dfi) ist ein unabhängiges Forschungs-, Dokumentations- und Beratungszentrum für Frankreich und die deutsch-französischen Beziehungen in ihrem europäischen Umfeld. Das Institut wurde 1948 in Ludwigsburg gegründet – lange bevor die Aussöhnung nach dem Krieg durch den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 staatlich besiegelt und die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen sowie der Austausch zwischen den Gesellschaften auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Die Initiative ging, nur drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, von bedeutenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft aus. Zu den Gründervätern zählten neben dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss auf deutscher Seite Carlo Schmid und Fritz Schenk, die die Arbeit des dfi in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens maßgeblich geprägt haben. Auf französischer Seite waren Joseph Rovau und Alfred Grosser an der Gründung beteiligt. Seit 1990 verfügt das dfi über eine spezialisierte Frankreich-Bibliothek.
(zitiert nach der website des dfi) <https://www.dfi.de>

schaftlich Schwächeren in den Blick, um ihnen durch mehr Chancengleichheit die Möglichkeit auf gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung zu eröffnen. Eine seiner ersten Maßnahmen war es, die Klassengrößen an Grundschulen in benachteiligten Vierteln zu halbieren, bzw. die Lehrerzahl zu erhöhen. Außerdem kündigte er an, dass die Schulpflicht künftig schon mit drei Jahren mit der Vorschule (*école maternelle*) beginnt. Daneben zielt die Stärkung der dualen Ausbildung darauf ab, Jugendlichen ohne Studium einen Weg mit hohen Erfolgsquoten in den Arbeitsmarkt zu ebnet. Macron als Präsidenten der Reichen darzustellen, wie es in den vergangenen Monaten oft geschah, greift folglich zu kurz.

Ob die Reformen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen werden, ist derzeit schwer einzuschätzen. Klar ist, dass von der Erweiterung der Absicherung im arbeitslosen Fall nicht unbegrenzt viele Menschen profitieren werden, steht doch immer auch die Frage Finanzierbarkeit im Raum. Auch an der Stärkung der dualen Ausbildung haben sich schon Macrons Vorgänger versucht. Bislang ist dies allerdings ohne nennenswerte Erfolge geblieben, auch weil dieser Weg in den Arbeitsmarkt in Frankreich unter einem echten Imageproblem leidet.

Reaktionen auf Macrons Politik

Bislang ist es dem Präsidenten und seiner Regierungsmannschaft gelungen, die gefürchtete Konvergenz der Widerstände unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen weitestgehend zu verhindern, auch wenn Proteste und ▶

Zum Weiterlesen: DOMINIK GRILLMAYER, EILEEN KELLER und STEFAN SEIDENDORF: **Ein Jahr Macron. Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen.** Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 32, Mai 2018, Ludwigsburg, Deutsch-Französisches Institut. Abrufbar auf der Homepage des dfi: https://www.dfi.de/de/Veroeffentlichungen/Serien/veroeffentlichungen_afa.shtml

- Streiks seit Beginn des Frühjahrs zunehmen. Macron hat bei all seinen größeren Reformen dezidiert die Kooperation mit den Sozialpartnern gesucht, sich aber gleichzeitig das Recht vorbehalten, die finalen Entscheidungen selbst zu treffen und Leitplanken für die Reform vorzugeben, die nicht zur Debatte stehen.

Was die Franzosen selbst betrifft, so scheinen sie in ihrer Mehrheit ihrer Regierung abwartend gegenüber zu stehen, auch wenn nicht alle Reformprojekte von einer Mehrheit der Franzosen unterstützt werden. In Anbetracht der Reformen und Einsparungen, die der Präsident bereits angestoßen hat und die zahlreiche Franzosen unmittelbar betrafen, hat sich das Vertrauen in den Präsidenten und den Premierminister bislang relativ stabil entwickelt und ist weniger stark abgefallen als beispielsweise bei seinen Amtsvorgängern. 42 % der Franzosen geben an, mit der Aktion des Präsidenten nach einem Jahr im Amt zufrieden zu sein. Zum Vergleich: Bei Nikolas Sarkozy und François Hollande waren es 28 % bzw. 21 %, bei Jaques Chirac hingegen 58 %.

Hinzu kommt, dass sich Frankreichs wirtschaftliche Lage unter dem Einfluss der guten weltweiten Konjunktur wie auch den Reformen seines Amtsvorgängers merklich verbessert hat. Im Februar war die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf 8,9 % gefallen. Außerdem handelte es sich um den stärksten Rückgang, der von einem Quartal zum nächsten in Frankreich seit 1975 verzeichnet wurde. Gleichzeitig wurde die Wachstumsprognose für das laufende Jahr nach oben korrigiert auf 2,2 % – günstige Rahmenbedingungen also, um Reformen durchzuführen.

Fazit

Was bleibt nach einem Jahr festzuhalten? Macron hält ganz offenkundig, was er im Wahlkampf versprach. Er reformiert mit ungeheurem Tempo und verhalf seinem Land auf internationaler Ebene zu einem neuen Standing. Was sein Amtsverständnis und seinen Regierungsstil betrifft, gibt es durchaus Kontinuitäten mit vorherigen Präsidenten, insbesondere mit dem Gründungsvater der Fünften Republik, Charles de Gaulle. Die Handlungsspielräume, die die französische Verfassung der Regierung gegenüber dem Parlament einräumt – insbesondere Gesetze im Eilverfahren auf dem Verordnungsweg zu verabschieden –, schöpft er voll aus. Die große Herausforderung für ihn bleibt, die Franzosen stärker hinter seinem Projekt zu einen und die Spaltungstendenzen, die den vergangenen Wahlkampf prägten, zu überwinden. Zentral dafür wird sein, dass alle Bevölkerungsgruppen das Gefühl haben, vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren zu können.

Entscheidend wird aber auch sein, wie es ihm gelingt, die Franzosen von seinem dezidiert proeuropäischen Kurs zu überzeugen. Macron ist es wichtig, die Bürger mit dem europäischen Projekt zu versöhnen. Damit möchte er den Populisten, die pauschal weniger Europa fordern, etwas entgegen setzen. Dies soll gelingen, indem die EU wieder stärker als Schutz- und Solidaritätsraum wahrgenommen wird. Zur Realisierung dieses Vorhabens ist Macron allerdings auf Unterstützung angewiesen, insbesondere aus Deutschland. Diese Bemühungen ins Leere laufen zu lassen, wäre fatal. ■

Europäische Gewerkschaftskooperation und die institutionalisierten Arbeitsbeziehungen in Frankreich

Rolf Gehring, Brüssel

Die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen findet ihre je spezifischen (sozialen, kulturellen und rechtlichen) Bedingungen in den einzelnen Ländern vor. Auch unter gleichen Produktionsverhältnissen und bei sich angleichenden (technischen und arbeitsorganisatorischen) Produktionsbedingungen wirken die über Generationen ausgebildeten Strukturen der jeweiligen sozialen und (industriellen) Arbeitsbeziehungen weiter und strukturieren ihrerseits aktuelle und künftige Veränderungen in den Betrieben, der Arbeit und den Arbeitsbeziehungen. Auch mit der Normung von Produkten und Prozessen vor allem aber auch mit dem Wirken von transnationalen Konzernen, die teils hunderttausende Beschäftigte unter einem einheitlichen Produktionsregime versammeln, finden starke Vereinheitlichungsprozesse in den Arbeitsbedingungen statt, die allerdings ebenfalls die tief verwurzelten Strukturen, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der betrieblichen Akteure nicht zwanglos überformen.

In der Literatur sind bezüglich der verschiedenen Formen der industriellen Arbeitsbeziehungen Modellen gebildet worden, die Abgrenzungen erlauben sollen. Darin wird beispielsweise zu Recht Wert auf die institutionelle Rolle gelegt, die Gewerkschaften in den jeweiligen Modellen spielen. Ein Aspekt, der in gewerkschaftlichen Debatten und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit häufig vernachlässigt oder gar mit dem Verdikt des Korporatismus negativ belegt wurde, aber zum Beispiel in der internationalen Gewerkschaftsarbeit oder auch in Europäischen Betriebsräten beachtet werden muss, will man den jeweils

anderen in seinen Wahrnehmungen und Intentionen besser verstehen.

Aber auch die gebildeten Modelle bleiben in ihren Beschreibungen unterkomplex bzw. vernachlässigen Differenzen oder auch Übereinstimmungen und Details im Vergleich der einzelnen Länder. Da bekanntlich aber auch Details echte Wirkungen haben, erlauben solche Modelle also nur grobe Abgrenzungen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Europa als auch international muss sich mit den verschiedenen Formen der industriellen Arbeitsbeziehungen, ihren Differenzen, ihren Überschneidungen und Übereinstimmungen als auch ihren Konnotationen aus verschiedenen Gründen befassen, – um ein Verständnis auszubilden für die jeweils anderen Bedingungen, – als Voraussetzung für eine wirksame Praxis grenzüberschreitender Gewerkschaftskooperation(en), – für eine integrierende Praxis innerhalb von multinationalen Unternehmen, – wenn sie anschlussfähige Beiträge für eine solidarisch orientierte politische Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen in Europa und konkrete Verbesserungen in Betrieben, Tarifen und Lebensstandards in Europa liefern will.

Auch um eine bessere Vorstellung für die Möglichkeiten und spezifischen Beschränkungen der wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern zu entwickeln, der gegenüber tendenziell bei Gewerkschaften und Teilen der Linken eine gewisse Abstinenz zu beobachten ist.

Die Kooperation zwischen den Gewerkschaften und über Ländergrenzen hinweg pendelt seit jeher zwischen internationaler Solidarität und Kooperation auf der einen

Französische Gewerkschaften

Seit langem ist der Organisationsgrad in Frankreich niedrig. Mitglieder sind heute eher diejenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland aktive Gewerkschafter genannt werden. Aktuell sind etwa 8% der Beschäftigten (1,8 Mio.) organisiert. 1990 waren es etwa 10% und von 1968 bis in die späten 70er waren es etwa 20%. 1946 gaben die Gewerkschaften eine Mitgliederstärke von 6 Mio. Mitgliedern an. Heute sind etwa 2,7% der Schulabgänger gewerkschaftliche organisiert. Die Gewerkschaften sind stark im öffentlichen Dienst und schwach in der Privatwirtschaft (Bau = 2,6% Organisationsgrad).

Die beiden grössten Gewerkschaften sind heute die CGT (600 000 Mitglieder) und die CFDT mit etwa der gleichen Mitgliederstärke. Die CGT hat etwa 1300 Vollzeitfunktionäre und ca. 120 000 Mandatsträger. Die Gewerkschaft FO (Confédération Générale du Travail-Force Ouvrière) hat etwa 400 000 Mitglieder und die CFDC (Confédération Française des Catholiques) ca. 100 000. Das Leitungspersonal der Betriebe hat eine eigene Gewerkschaft. Daneben ist die Gewerkschaftslandschaft eher bunt. SUD („Solidaires, unitaires, démocratiques“) ist eine Gründung aus den späten 80er Jahren und Teil der sogenannten Basisgewerkschaften, die weitgehend ohne Hauptamtliche auskommen, ausdrücklich keine Parteibindungen ausweisen und auch aus der Kritik an Zentralismus und Stellvertretung entstanden sind. Sud ist vor allem im Postsektor, also auch im öffentlichen Dienst vertreten, dort ist sie die zweitstärkste Kraft.

Eine wichtige Frage spielt in Frankreich die anerkannte Repräsentativität der Gewerkschaften. Dies ist bedeutsam sowohl bezüglich der Tarifverträge als auch auf der betrieblichen Ebene, hier auch um an Ressourcen zu gelangen. Die anerkannten Gewerkschaften auf Be-

triebsebene werden teils von den Unternehmen finanziert. Aus diesen Budgets werden sowohl Hauptamtliche oder Bildungsmaßnahmen als auch Bildungs- und Ferienzentren finanziert. Die Repräsentativität wird in Abstimmungen festgestellt. Hürden sind für die nationale Ebene 10%. Ist diese erreicht, ist automatisch auch die sektorale Repräsentativität gegeben. Auf betrieblicher Ebene liegt die Hürde bei 8%.

Wenn man den Habitus der französischen Gewerkschaften beschreiben sollte, könnte man vereinfacht sagen, dass sie einen klaren Gegnerbezug haben und die Institutionalisierung der industriellen Arbeitsbeziehungen in Richtung Mitbestimmung, sozialer Dialog und Korporatismus nicht in ihrem Fokus stand oder steht. Folglich ist der Staat der wesentliche Adressat zur Regelung der Arbeitsbeziehungen – gewissermaßen das Gegenmodell zu den skandinavischen Ländern. Alles muss in Gesetzen geregelt werden oder in Tarifverträgen, die in Frankreich in einem hohen Maße allgemeinverbindlich erklärt werden, gegen die Arbeitgeber durchgesetzt werden. Allerdings ist auch die betriebliche Ebene ein wichtiges Feld für tarifvertragliche Regelungen und somit auch für gewerkschaftliche Mobilisierung.

Das eigentliche wirtschaftliche Geschehen im Sinne von Produktionsprozessen, Arbeitsgestaltung, Produktentwicklung, Unternehmensplanung und Absatz interessiert traditionell weniger, wird als Aufgabe des Unternehmens betrachtet. Forderungen werden formuliert, ihre Umsetzbarkeit und Umsetzung eher nicht erörtert oder ausbuchstabiert. Die häufig zitierte Militanz gewerkschaftlicher Aktionen sind eher Ausnahmen und verlaufen (teils) nach kodifizierten Regeln. Militanz ist in Frankreich ein legitimer Teil der Auseinandersetzungen. Arbeitgebervertreter reagieren dann meist geübt und gelassen. ■

Seite und Standortdenken und, wenn es eng wird, exklusiver Solidarität auf der anderen Seite. Dem soll hier nicht nachgegangen werden, sondern den Änderungen im institutionellen Rahmen und Ansätzen in der gewerkschaftlichen Praxis.

Institutionalisierte Arbeitnehmerrechte – EU-Recht

Internationalen Arbeitsnormen, zuvorderst aber auch eine steigende Zahl von Unternehmensvereinbarungen in multinationalen Unternehmen, bilden heute einen wichtigen einen Bezugspunkt für die politische Debatte um Arbeitnehmerrechte, Antidiskriminierung, Umweltverträglichkeit der Produktion u.a.m. oder um Ungerechtigkeiten und brutalste Ausbeutung zu skandalisieren. Die Arbeitsnormen der ILO sind hier der wichtigste Bezugspunkt, aber auch Verfahren und Berichtspflichten im Rahmen von Soziale Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) oder soziale Beurteilungen durch Agenturen bilden Bezugspunkte, auch wenn CSR-Politiken häufig als Feigenblätter apostrophiert werden.

Daneben hat sich auf der europäischen Ebene ein Rechtsrahmen herausgebildet, der heute in durchaus wichtigen Bereichen die nationalen Rechtsrahmen beeinflusst, man kann für eine Reihe der Mitgliedsländer der EU auch sagen weiterentwickelt hat.

Zu diesem europäischen Rechtsrahmen, der auf dem Kapitel Sozialpolitik der europäischen Verträge basiert, gehören als weitgehend ausgestaltete Bereiche der Arbeitsschutz, die Gleichstellung (Antidiskriminierung) und die Arbeitnehmerbeteiligung. Die Sozialpolitik ist, anders als

die Binnenmarktregulierung, die durch direkt in nationales Recht zu übernehmende Verordnungen geregelt ist, durch Richtlinien ausgestaltet, in denen Mindestbedingungen formuliert werden, die in das bestehende nationale Recht übernommen werden müssen. Die durch die Verträge festgelegte Zweistufige Konsultation der Sozialpartner in allen Rechtsetzungsprozessen im Rahmen des Kapitels Sozialpolitik garantiert eine starke Einbeziehung von (anerkannten) Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf der europäischen Ebene, potentiell auch die Aushandlung des Richtlinientextes durch die Sozialpartner selbst.

Mit der Richtlinie zur Etablierung von europäischen Betriebsräten ist 1994 eine Institution eingerichtet worden, die eine neue Praxis im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation von Belegschaftsvertretungen und Gewerkschaften erlaubt. Die Richtlinie wurde 2009 vor allem auf Drängen der Gewerkschaften revidiert und verbessert. Dies hat einen institutionellen Rahmen geschaffen, der Kooperation zwischen Belegschaften und Gewerkschaften in einem vorher unbekanntem Umfang erlaubt.

Die konkreten Funktionsweisen des EBR richten sich nach den jeweiligen Arbeitsbeziehungen des Landes in dem das Unternehmen seinen Sitz hat. Allerdings sind mit den subsidiären Bestimmungen der Richtlinie und den Europäischen Standards zur Information und Konsultation der Belegschaften (Richtlinie 2002/14/EU – Schwellenwerte für die Anwendung der Richtlinie sind wahlweise 20 oder 50 Beschäftigte) durch die Arbeitgeber Mindestbedingungen definiert worden, die überall eingehalten werden müssen. Heute gibt es deutlich über 1000 europäi- ▶

Betriebliche Interessenvertretung in Frankreich

Für die Verkehrsformen auf der betrieblichen Ebene in Frankreich ist es wichtig zu berücksichtigen, dass das Institut der Betriebsversammlung unbekannt ist. Die Einigungsstelle ebenso. Hier übernimmt der Tarifvertrag die Rolle der Betriebsvereinbarung. Viele Momente der materiellen Arbeitsbedingungen sind darin geregelt. Das Streikrecht ist ein Individualrecht, das an keine wesentlichen Bedingungen geknüpft ist. Es reicht, wenn zwei Leute sich finden, die einen legitimen Gegenstand geregelt wissen wollen. Bezüglich der betrieblichen Vertretungsstrukturen hat es immer wieder auch gesetzliche Änderungen gegeben, die anstehenden Reformen werden aber einen echten Strukturbruch bedeuten. Die folgend aufgeführten Organe haben die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildeten Funktionsweisen der Arbeitsbeziehungen in Frankreich stark bestimmt.

Gewerkschaftssektion und Gewerkschaftsdelegierte

Seit Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts haben die Gewerkschaften das Recht, Gewerkschaftssektionen im Betrieb zu bilden, in Betrieben ab 200 Beschäftigten mit eigenem Raum oder eigenen Räumen. Gewerkschaften sprechen für die Beschäftigten, auch für die Nichtmitglieder. Einmal pro Jahr muss der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften im Betrieb Tarifverhandlungen führen.

Die Gewerkschaftsdelegierten werden von den Gewerkschaften benannt. Die Anzahl (1 bis 5) richtet sich nach der Betriebsgröße. Sie repräsentieren die Gewerkschaft gegenüber dem Arbeitgeber, unterzeichnen die Tarifverträge und nehmen an den Sitzungen des Betriebsrates teil. Für die Wirksamkeit eines Tarifvertrages reicht die Unterschrift einer repräsentativen Gewerkschaft. Der TV gilt dann für die gesamte Belegschaft. In 96% der kleinen und mittleren Unternehmen (bis 250 Beschäftigte) gibt es keine Gewerkschaftsdelegierten.

Der Betriebsrat

Wird aus Vertretern der Belegschaft und aus Unternehmensvertretern zusammengesetzt. Vorsitzender ist ein Unternehmensvertreter. Das Gremium hat lediglich Informationsrechte und dient der Konsultation. Von Beschäftigtenseite sind gewählte Vertreter, Gewerkschaftsvertreter aus dem Betrieb und externe Gewerkschaftsvertreter einbezogen. Wesentliche Aufgabe ist die Ausgestaltung und Verwaltung der betrieblichen Sozialeinrichtungen. Hier besteht faktisch weitreichende Mitbestimmung. Das Komitee hat einen Haushalt für Maßnahmen/Sozialeinrichtungen und für die eigene Verwaltungsarbeit.

Belegschaftsdelegierte

Die Belegschaftsdelegierten haben die Kernaufgabe der Überwachung von geltenden Gesetzen und Tarifverträgen. Sie verhandeln auch direkt mit dem Arbeitgeber, wenn es offene Fragen z. B. in Lohnangelegenheiten gibt.

Der Arbeitsschutzausschuss

Dieses Gremium (CHSCT – Comité d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail) ist erst 1983 eingerichtet worden, befasst sich mit Sicherheit, Gesundheit und Umweltfragen und hat eine wichtige Bedeutung erlangt. Er wird in Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl von 50 oder mehr eingerichtet. In kleineren Betrieben werden die Aufgaben des Ausschusses von den Belegschaftsvertretern wahrgenommen.

Mein Eindruck ist, dass der Gegenstand der Prävention am Arbeitsplatz und der Arbeitsgestaltung auf Gewerkschaftsseite Attraktivität entfaltet hat, und als Problemfeld bearbeitet wird, in dem mit den anderen Akteuren am Gegenstand gehandelt und verhandelt wird – in gewisser Weise ein Kulturbruch mit dem klassischen Gewerkschaftshabitus. ■

sche Betriebsräte und eine bunte Vielfalt von Praxen. Dieser Rechtsrahmen hat, wenn nicht völlig neue Erfordernisse an die europäische Gewerkschaftskooperation, jedoch einen starken Anteil an einer forcierten europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit. Dies ist auch mit einer Stärkung der europäischen Gewerkschaften einhergegangen.

Praktische Kooperation

Folgend einige kurze Beschreibungen von Feldern, in denen diese forcierte Kooperation zwischen Gewerkschaften über Ländergrenzen hinweg oder innerhalb der europäischen Strukturen praktisch stattfindet. Es könnten eine Reihe weiterer Felder beschrieben werden, etwa die zahlreichen Versuche nationaler Gewerkschaften aus westeuropäischen Ländern, über eigen- oder co-finanzierte Projekte Gewerkschaftsstrukturen in mittel- und osteuropäischen Ländern aufzubauen, nicht selten mit der Absicht das eigene System zu implementieren.

Europäische Koordinierung der Tarifpolitik

Die Koordinierung durch europäische Gewerkschaftsbünde wurde eine Weile als wichtiges Handlungsfeld beschrieben. Meiner Meinung nach stark von Leuten getragen, die einer zentralistischen Politikvorstellung anhängen – „die einheitliche Stimme von x Millionen Beschäftigten in den xyz Industrien“ usf.

Koordinierungsregeln wie die Vereinbarung von Dorn

(Metallgewerkschaften aus Benelux und Deutschland) haben sich als kaum umsetzbar erwiesen, können aber als Orientierungsrahmen anstelle von Regeln eine Funktion erfüllen. Heute geht es realistisch um den Austausch von Informationen, dem Suchen nach positiven Bezugspunkten (Tarifvertragsinhalte) und dem vorsichtigen Erörtern von gemeinsam zu verfolgenden Tarifvertragsinhalten.

Multinationale Bildungsarbeit

Bildungsarbeit mit europäischen Betriebsräten: Hier hat sich ein eigener Markt entwickelt, mit Trainern, Experten, Serviceeinrichtungen und so fort. Die grenzüberschreitende Kommunikation und Information der EBRs ist ein Schwerpunkt in der Bildungsarbeit des EGB, die Praxis allerdings auch mit sich regelmäßig wiederholenden Enttäuschung verbunden. Hintergrund sind die strukturellen Schwierigkeiten des Feldes. Die Voraussetzungen sind schwierig: Sprachen; Fluktuation in den Gremien; keine allgemeingültigen Verfahren für die betriebliche Interessenvertretungsarbeit.

Vor allem aber sind die Kommunikationsvoraussetzungen und Praxen äusserst unterschiedlich. So gibt es in Frankreich nicht das Institut der Betriebsversammlung und daher sofort eine völlig andere Konstruktion von Kommunikation zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und Belegschaft.



https://www.google.de/search?q=Bilder+Streikaktionen+in+Frankreich&tbn=isch&source=iu&ictx=1&fir=rry3MwX9pljZ-M%253A%252CadXwe0g0W0u0lSM%252C_&usg=__0auXcj3CpzAx16M0k1Ju02LHJkg%3D&sa=X&ved=0ahUKewju6uGBhdraAhWJy6QKH9YehA1wQ9QEIKTAA#imgrc=rry3MwX9pljZ-M:



https://www.google.de/search?q=Bilder+Streikaktionen+Frankreich&tbn=isch&tbo=u&source=univ&sa=X&ved=0ahUKewid1bd_3dXaAhXih6YKHeYrAf4QsAQIKQ&biw=1366&bih=622#imgdii=bS15BNW92RxFM:&imgrc=hmTRAMSDIm6wIM:&spf=1524669955698

Der Streik ist in Frankreich ein Individualrecht.

Rechtlich legal sind Streiks ab einer Beteiligung von mindestens drei Personen. Sie müssen sich auf einen Gegenstand beziehen, der für die Beteiligten in Bezug auf ihre Beschäftigung (auch politisch/rechtliche Vorgänge) von Belang ist. Es braucht keine Gewerkschaft, es gibt aber auch kein reguläres Streikgeld, alles muss über solidarische Aktionen geregelt werden. Hier schauen französische Gewerkschafter oft mit bewunderndem Erstaunen auf die disziplinierte Durchführung von Flächenstreiks in Deutschland. Aussperrung ist in Frankreich möglich, führt aber nicht zu einer Einstellung der Lohnzahlungen. Sie wird eher als Präventivmaßnahme ergriffen, wenn Betriebsbesetzungen befürchtet werden.

Begegnung und Kommunikation

Die Arbeit und Begegnung in Gremien betrifft sowohl die europäischen Betriebsräte, als auch die Strukturen in den Gewerkschaften selbst und die Begegnung in europäischen Strukturen wie dem institutionalisierten Sozialdialog oder tripartistischen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss in Luxemburg, wo staatliche Vertreter, Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der Arbeitgeber die Kommission in allen Fragen der materiellen Inhalte des europäischen Arbeits- und Gesundheitsschutzes beraten. Dies sind Momente des kulturellen und sozialen Austauschs in Verbindung mit der Arbeit an Gegenständen. Arbeit und Kommunikation im Betrieb: Hier bleibt Bildungsarbeit das wesentliche Mittel. In Europäischen Betriebsräten hängt auch sehr viel von Menschen ab, die sich dem Thema und der Funktion beharrlich und mit viel Aufwand widmen, was gerade in Zeiten von Unternehmensumstrukturierungen in immer kürzeren Intervallen nicht leicht ist.

Abwehrkämpfe und Arbeit am Gegenstand

Es gibt aus meiner Sicht eigentlich zwei wesentliche Felder, in denen die EBRs sich bewegen. Zum einen die Beobachtung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung/Umstrukturierungen des Unternehmens sowie strategische Unternehmensentscheidungen und zum anderen die

materiellen Arbeitsbedingungen mit einem Schwerpunkt beim Arbeitsschutz einschließlich Umweltaspekten, der beruflichen Bildung, die Arbeitsgestaltung oder der Gleichstellung. Mittlerweile gibt es mehrere Hundert Vereinbarungen in multinationalen Unternehmen, die die unterschiedlichsten Gegenstände behandeln. Teile der europäischen Kommission puschen dies, auch mit dem Ziel einer Verlagerung der relevanten Tarifvertragebene von den sektoralen Vereinbarungen hin zu Betriebstarifverträgen, die gerade in vielen osteuropäischen Ländern heute schon die spielbestimmende Ebene ist. Teile der Gewerkschaften bekämpfen dies (Verbetrieblichung der Tarifpolitik), andere wollen einen (europäischen) Rechtsrahmen schaffen, der auch die gewerkschaftliche Einflussnahme und Beteiligung sichert.

Man sollte auf jeden Fall die Wirkungen solcher Vereinbarungen nicht unterschätzen. Es geht um die materielle Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen für Belegschaften, die in die Zehntausende gehen.

Interregionale Gewerkschaftsräte

Ein Interregionaler Gewerkschaftsrat, kurz IGR, besteht aus den regionalen Gewerkschaftsorganisationen der dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) angeschlossenen nationalen Gewerkschaftsbünde in der jeweiligen Grenzregion. Ziel der Zusammenarbeit im Rahmen eines IGR ist die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Inter-

► essen der Beschäftigten in der jeweiligen Grenzregion.
Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg z. B. ist durch seine DGB-Regionen Nordbaden, Südbaden und Süd-württemberg in drei Interregionalen Gewerkschaftsräten beteiligt: IGR Dreiländereck, IGR EUREGIO, IGR Bo-densee.

Mittlerweile bestehen europaweit 45 Interregionale Ge-werkschaftsräte, davon 14 mit deutscher Beteiligung. Auf Einladung des EGB treffen sich die IGRs in der Regel zweimal jährlich in einem IGR-Koordinierungsausschuss. Ich habe keine genauen Kenntnisse über die konkreten Tätigkeiten der Räte, habe aber den Eindruck, dass sie wesent-lich oder ausschließlich nach innen wirken und wenig nach Kooperationsmöglichkeiten schauen. Sie hätten zum Beispiel in vielen Politikfeldern Möglichkeiten zur Koope-ration mit dem Komitee der Regionen, könnten sich in die Debatten um die Struktur- und Regionalfonds einschalten oder auch Programme nutzen, die die Förderung von Regi-onen und ländlichen Räumen zum Inhalt haben.

Kurze Anmerkungen zu einigen Aspekten

Bei letztlich doch vergleichbaren Strukturelementen der nationalen Arbeitsbeziehungen und des jeweiligen Ar-beitsrechts sind die kulturellen Konnotationen sehr un-terschiedlich und wilde Kombinationen von dafür und dage-gen entstehen. Den jeweils anderen und die anderen Systeme zu verstehen bleibt eine vertrackte Aufgabe, die letz-lich nur durch Arbeit an sich gelöst werden kann, natürlich durch organisierte Bildungsarbeit unterstützt.

Ein Grundproblem für die Kooperation bleibt die Spra-che. Dies gilt sowohl für die EBRs als auch für gewerk-schaftliche Kooperationen generell. Man kann schon se-hen, dass die jüngere Generation von Gewerkschaftssekre-tären hier besser ausgebildet ist, aber für die betriebliche Ebene und die Einbeziehung von Kolleginnen und Koll-egen aus Betrieben in europäische Strukturen (Gremien, Branchenkonferenzen oder Projekte) bleibt dies auch mit-elfristig ein Problem, das nur punktuell durch kostspielige Verdolmetschung und Übersetzungen gemildert werden

kann und, erneut, durch Arbeit an sich.

Der multikultureller Austausch als praktische Begeg-nung und als Möglichkeit des kulturellen Lernen bleiben ein Wert für sich auch wenn, bezogen auf die Arbeit der Europäischen Betriebsräten, daraus nicht unbedingt eine stabile EBR-Praxis im Bereich Kommunikation und Infor-mation in Richtung der Belegschaften entsteht. Hier sollten die gewerkschaftlichen Bildungsträger und andere in diesem Feld Aktive sich eher vor Überforderung und überhöhten Ansprüchen hüten.

Grenzüberschreitende Solidarität in wirtschaftlichen Angelegenheiten (EBRs) ist punktuell und temporär mög-lich, wenn auch nicht leicht zu erreichen. Sie ist wohl als leitendes Prinzip gewerkschaftlicher und betriebsrätlicher Arbeit, aber wohl kaum als überdauernde Praxis denkbar. Die Standortkonkurrenz ist im wirtschaftlichen Gesche-hen nicht auszuhebeln, exklusive Solidarität von Beleg-schaften (heute) nur selten zu verhindern.

Verändernde Praxis am Gegenstand könnte eine zentrale Perspektive für die inhaltliche Arbeit sein. Abwehrkämpfe bei Umstrukturierungen oder Entlassungen bleiben für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder wichtig. Wenn es gut läuft gibt es einen Deal wie bei einem guten Tarifver-trag. Echte materielle Veränderungen im Sinn von Fort-schritt werden aber viel eher bei der Gestaltung der ‚stoffli-chen Seite‘ der Produktion möglich sein – und auch viel leichter zu erreichen. So hat der EBR in einem Baukonzern erreicht, dass die Belegschaften in allen Ländern die glei-che Qualität von persönlicher Schutzausrüstung erhalten; in einem Baustoffkonzern wurden die Sicherheitsstan-dards europaweit angeglichen und Informationsmaterial zur Unterweisung der Beschäftigten in einem EU-geför-derten Projekt mit der Unternehmens erstellt; wurde in einer Arbeitsschutzcharta eines anderen baustoffherstel-lenden Unternehmen das Individualrecht der Beschäftig-ten verankert, sich bei Arbeitsschutzfragen, die innerbe-triebliche nicht geklärt/gelöst werden können, sich an ä-ußere Stellen wenden zu können.

Haushalt des Vereins und Projektberichte

Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2017 und Haushaltsplan 2018

(Alle Angaben in Euro)	Ist 2015	Ist 2016	Ist 31.12.17	Plan 2018
Einnahmen aus Beiträgen	25.482,48	25.714,44	26.100,44	26.100,00
Ausgaben	Ist 2015	Ist 2016	Ist 31.12.17	Plan 2018
Politische Berichte	16.478,96	18.746,56	17.161,74	18.932,00
Aufwandentschädigungen	290,00	160,00	390,00	300,00
Reise-, Raumkosten Vorstand	2.130,10	985,05	1.902,81	1.900,00
Reise-, Raumkosten Verein	3.122,60	3.515,85	3.727,80	3.700,00
Kosten Geldverkehr	157,25	137,72	158,34	150,00
Porto, Ergebnisheft	33,70	583,57	818,17	800,00
Gesamte Ausgaben	22.212,61	24.128,75	24.158,86	25.782,00
SALDO	+ 3.269,87	+ 1.585,69	+ 1.941,58	+ 318,00
Kassenbestand per 31.12.17 936,00 Euro Kontobestand per 31.12.17 12.094,21 Euro				

Zur Erläuterung:

Die Beitragseinnahmen waren in 2017 leicht ansteigend wegen höherer Zahlungen aus Hamburg. Die Ausgaben lagen ebenfalls fast durchweg im Plan, bei den Politischen Berichten stiegen sie an wegen der Umstel-lung des Vertriebs auf Briefsendung, um die Versandzeit zu verringern, und wegen stei-gender Aufwendungen für die Internetred-aktion.

Für das kommende Jahr ist bei fast allen Posten eine stabile Entwicklung geplant, ausgenommen die Ausgaben für die Poli-tischen Berichte, da hier der Versand als Brief-sendung über das ganze Jahr zu leichten Mehrkosten führen wird, ebenso wie die Aufwendungen für die Internetredaktion. Damit ist erstmals seit mehreren Jahren nicht mit weiteren Überschüssen, sondern mit einem in etwa ausgeglichenen Haushalt zu rechnen.

Berlin, den 1. Januar 2018
RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Fortentwicklung des Projekts „Wegemarken – Kalenderblätter“

Etablierung als Rubrik

Mit der Vereinstagung im Frühjahr 2016 wurde das Projekt ins Leben gerufen. Seither ist es gelungen, in jeder Ausgabe der Politischen Berichte eine Doppelseite zu einem Thema der Emanzipationsbewegung in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern zu erarbeiten. Basis dafür sind Zeitleisten, die länderspezifisch markante Zeitpunkte von wegweisenden Ereignissen / Gesetzen / Gerichtsurteilen chronologisch auflisten, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu haben: eine ganze Reihe von mitarbeitenden Freunden und Genossen aus inzwischen vielen Ländern beteiligen sich beim Erstellen und Zuliefern von Daten für diese Zeitleisten.

Auf der Seite www.linkekritik.de vorhandene Zeitleisten

Land (alphabetisch)	Zeitspanne
Dänemark	1870 – 1998
Deutschland	1813 – 2001
Bayern	1918/19
Europäische Union	1958 – 1989
Finnland	1907 – 1990
Frankreich	1789 – 2013
Griechenland	2015
Irland	1010 – 2016
Österreich	1840 – 2013
Schweiz	1838 – 2014
Spanien	1808 – 2011
Vereinte Nationen	1945

In Arbeit sind Zeitleisten von Belgien, Italien, Großbritannien und den Niederlanden.

Immer wieder und bei jeder ländermäßigen Erweiterung stellt sich die Herausforderung der Sprachvielfalt. Die Kalenderblätter erscheinen in Deutsch, einige davon sind bereits ins Englische übersetzt. Auf die Originalbeiträge (z.B. in Französisch, Dänisch, Niederländisch, Englisch oder Italienisch) soll über den Button „Zusatzinformationen“ auf der website zugegriffen werden können. Ebenso auf die in Originalsprache verfassten und für die website ins Deutsche gebrachten Zeitleisten. Weitere Aspekte hierzu: siehe Abschnitt „EFBH-Projekt“.

Aufriss zur Gliederung der Politischen Berichte

Der Vorstand des Vereins hat die die Redaktion gebeten, zur Jahreskonferenz einen Aufriss zur Gliederung der PB zu erstellen, dem entsprechend dann die Benennung Bestellung der Redaktion erfolgen kann.

Verschiebungen sind aus praktischen Gründen (Arbeitsaufwand von Edith Bergmann kann nicht 1:1 ersetzt werden) und aus konzeptionellen Gründen (Auseinandersetzung mit Rechts-Außen braucht mehr Platz) erforderlich. Der folgende Aufriss ermöglicht eine Doppelseite für die „Rechts-Außen-Themen“.

Es sieht wohl so aus, dass sich die Auseinandersetzung mit den Positionen der rechten Sammlungsbewegung im ganzen Spektrum der politischen Traditionen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, Wissenschaft, Kultur usw. abspielt. Dieser Abklärungsprozess wäre dann der Gegenstand der Berichterstattung.

Wo ließe sich eine solche Doppelseite am besten einordnen? Wie werden wir mit dem Verlust der regelmäßigen „internationalen Nachrichtensammlung“ fertig?

Vielfalt der Themen und Herausforderung der besonderen Darstellung

Die Vorstellung, dass eine Doppelseite „Kalenderblatt“ in den Politischen Berichten als Basismaterial mit der Aufforderung zur weitere Vertiefung dienen könnte, hilft bei der Auswahl der Einzelbeiträge zum Thema. Dabei könnte der springende Punkt unserer Kalenderblätter aber aus dem Blick geraten: es geht darum, das besondere Momentum eines Ereignisses als Ergebnis emanzipatorischer Bestrebungen und gleichzeitig als entscheidenden Punkt für weitere Entwicklungen herauszuarbeiten. Das ist uns mal mehr, mal weniger gelungen – und stellt einen großen Anspruch dar. Es lohnt sich aber, denn dann bleibt auch der springende Punkt im Gedächtnis, und von ihm ausgehend können neue Gedanken über Zusammenhänge, Ereignisse und Entwicklungen entstehen.

Perspektive und EFBH-Projekt

Das Projekt hat eine eigene Dynamik entwickelt: auf mehreren Ebenen ist einiges in Bewegung gekommen: neue Autoren, internationale Ausweitung, Leser und Interesse aus unterschiedlichen Zusammenhängen, Öffnung für den Blick auf das, was es gibt und wie es wirkt. Bürgerrechte und politische Rechte sind bisher weniger behandelt worden. Hierauf sollte in der kommenden Zeit stärkeres Gewicht gelegt werden. Die Tatsache, dass die einzelnen Ereignisse tatsächlich individuelle Pfade spiegeln, erlaubt auch die Behandlung eines Themas wie etwa des Frauenwahlrechts für mehrere Länder, also Doppelungen. Mit dem Projekt der EFBH in Brüssel kann jetzt auch ein Austausch entwickelt werden, der sowohl weitere Zugänge zu Ländern als auch zu Themen und Kooperationspartnern ermöglicht. Ein Auftaktworkshop des EFBH-Projektes wird Mitte Mai stattfinden. Die Lenkungsgruppe des Projektes plant eine Reihe von mittel- und osteuropäischen Ländern einzubeziehen, für die in einem ersten Schritt ebenfalls Zeitleisten erstellt werden sollen. Gerade die Einbeziehung von mehr Menschen auch bei der Erstellung von Kalenderblättern dürfte neue Zugänge zu kulturellen Zeugnissen eröffnen, die im deutschen Sprachgebiet nicht verfügbar oder kaum bekannt sind.

Bericht: EVA DETSCHER, Karlsruhe,
ROLF GEHRING, Brüssel

Hier ein praktischer Vorschlag, der in der Nummer 3 bereits ausprobiert wurde. Die unten tabellarisch dargestellt Anpassung der Gliederung ist auch mit Blick auf die praktische Realisierung entworfen. Es wird versucht unsere Erfahrungen mit themenzentrierter Berichterstattung zu verarbeiten.

Die Möglichkeit der Ausdehnung eines Bereiches um 2 Seiten [+2] würde stets zu Lasten „Diskussion, Dokumentation“ vorgenommen, sachlich begründet, weil es sich um die Ergänzung von Berichten um entsprechende Textsorten handeln würde.

Anmerkung zu den Textsorten

„**Beitrag**“. Von Autor/inn/en speziell für bzw. mit Blick auf die Publikation in den PB angefertigter Texte.

Dok.: Aus für die öffentliche Verbreitung gedachten Texten gekürzt aber sonst unverändert aus einer nachzuweisenden Quelle geschöpft. „Dok.“ sollte mit einem „Beitrag“ mindestens lose gekoppelt sein.

- **Info:** Elemente die, lexikalisches Wissen zu einem Beitrag zusammenstellen, mindestens Quellenangabe, ev., auch Autor/in
Nachdruck: Anderswo bereits veröffentlichter Text, der mit Angabe von Autor/innen/en und e.v. auch wenigen Worten zur Einleitung/Einordnung sowie der Mitteilung

der Erlaubnis, Nachdrucks publiziert wird.
Anzeige: Durchaus mit Textauszügen, aber niemals mehr als 2 Spalten.

Diskussionsstand: März 2018,
 Berichterstattung: MARTIN FOCHLER; München

1	Titel, Kopf, Titelbild, Hinweis auf Schwerpunkte, Hinweis auf Web, sowie Nr. usw.
2,3	Kurzbeiträge, die auf Entwicklungen eines in den PB behandelten Themas hinweisen.
4-7 [+2]	Berichte die (+ Dok) bzw. (+Info) Sachverhalte / Themen der Politik im Bund, in Europa, oder global ausleuchten, in der Regel von einer oder mehreren Personen speziell für die PB gefertigt.
8-9	Aktionen-Initiativen – Politik der Linken. Sammlung von Äußerungen zivilgesellschaftlicher Organisationen (4 Spalten) sowie dazu Antworten linken Politik in Institutionen (2 Spalten).
10-13 [+2]	Kommunale u. Landes-Politik. Praxisberichte (+ Dok) bzw. (+Info). Ortsspezifisch. Themenzentriert. Kombiniert mit 4 Spalten Nachrichten aus der linken Kommunalpolitik. +2, wenn was zum theoretischen Kontext ausgeführt bzw. unterschiedliche Bewertungen dargestellt werden müssen.
14-15 [+2]	Gewerkschaftliche Initiativen. Themenzentriert. Kombiniert mit (Dok) aus der Wirtschaft (1 Spalte) und (Dok) internationale Bewegung (1-2 Spalten).
16-17	Rechte Provokationen – Demokratische Antworten. 2 Spalten kurzer Nachrichten + ein 4-Spalten-Themenbeitrag bzw. Hintergrundbericht.
18-21 [-2]	Diskussion und Dokumentation, auch Nachdrucke. Gegenstände linker Strategiediskussion und Bildungsarbeit.
22-23	Kalenderblatt/Wegemarken.
24	Hinweis auf Termine und interessante Publikationen.
Anmerkung: Die Option [+2] ist pro Ausgabe nur für einen Bereich möglich, dafür dann Dis/Dok [-2]	

www.linkekritik.de – Bericht zum Sachstand

In den letzten Jahrzehnten ist es normal geworden, dass Bürgerinnen und Bürger mit publizistischen Mitteln im Bildungsprozess der öffentlichen Meinung eigenverantwortlich auftreten. Es entstehen Texte, in denen Kritik, Appell, Analyse nebeneinander herlaufen, die verbessert werden und, wenn es gut geht, zu tragfähigen Argumenten führt. Unter solchen Umständen kann politisches Engagement, sei es in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen, sei es in Institutionen sich nicht mehr im Vertrieb fertiger Argumente erschöpfen. So sind in den letzten Jahrzehnten viele Arbeitszusammenhänge – ad hoc oder auch dauerhafter – entstanden, die sich der Entwicklung von Argumenten widmen.

Für die Darstellung von Arbeitsergebnissen ist die periodisch erscheinende Drucksache das Mittel der Wahl. Sie begünstigt das vertiefte Lesen. Für die fortgesetzte Arbeit am Text und damit am Argument wiederum ist der Einsatz von neuen Informationstechnologien ein beeindruckendes Hilfsmittel.

www.linkekritik.de bietet die Möglichkeit, Argumentationen zu überprüfen und gezielt zu verbessern. Dazu wird folgendes Verfahren verwendet.

- **Publikationen** werden im PDF-Format gesammelt und können nach Worten / Begriffen **durchsucht werden**.
- **Beiträge** in diesen Publikationen werden registriert.
- Dabei werden Stichworte (**Kategorien**) vergeben, unter denen die Beiträge gefunden werden können.

Damit wird in erster Linie die Planung von Publikationen oder Engagements in der Bildungsarbeit erleichtert. Es zeichnet sich aber auch einen Nutzen für die Erstellung von Beiträgen ab und für die vertiefte Nachschau von Seiten der Leserschaft ab.

Das Kategoriensystem: Nach einigem Tasten haben schien es uns am einfachsten, das nebenstehend abgebildete Register anzulegen. Damit haben wir uns an Verfahren angelehnt, die für die Edition umfangreicher wissenschaftlicher Werke entwickelt wurden. In diesem Sinne ist www.linkekritik.de gesammeltes Werk, das einstweilen noch fortgeschrieben wird und in den Debatten der Zeit das eine oder andere tragfähige Argument beisteuern kann.

Kampagnen. Unter den Sachstichworten „Epochenbruch-1914-23“ bzw. „Brexit“ prüfen wir derzeit, ob so die Darstellung von Diskussionszusammenhängen erleichtert wird. Siehe www.linkekritik.de/index.php?id=1015.

Die Arbeit an dieser Plattform kann nicht einfach im Rahmen der Redaktionsarbeit für die Politischen Berichte miterledigt werden. Spezifische technische und inhaltliche Fragen greifen stark ineinander.

Hinweise auf inhaltliche oder technische Konstruktionsmängel bitten wir deswegen direkt an it@linkekritik.de zu richten.

Berichterstattung: MARTIN FOCHLER; München

Projekt „Religionsfreiheit und linke Politik“

Der Konferenz lag das gerade erschienene Themenheft vor, das in Zusammenarbeit mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Bereinigung“ gefördert worden war. Verbreitung mit den Politischen Berichten Nr. 4/2018 als Beilage. Das PDF steht unter <http://www.linkekritik.de/index.php?id=705> zur Verfügung. Anfragen nach gedruckten Exemplaren können an Karl-Helmut Lechner, Friedrichsgaber Weg 441, 22846 Norderstedt, Tel.: 040 / 522 35 67 + 0157 03 03 15 11. E-Mail: Karl-Helmut.Lechner@wt.net.de.

RELIGIONSFREIHEIT UND LINKE POLITIK

THEMENHEFT aus der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Partei DIE LINKE. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. März 2018. Dokumentiert bei: www.linkekritik.de.

Inhalt	Karl Marx: Religion ist das „Opium des Volkes“ . 6	Gleichbehandlung für islamische Gemeinden? 11
Ein frommer Wunsch: Die religionslose Gesellschaft 1	„Erklärung der Religion als Privatsache“ 7	Die Zuerkennung des Körperschaftsstatus . . . 12
Die Religion in der Gesellschaft 2	Die Erfahrungen der Revolutionäre 1918 / 1919 8	Der Status „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ ist anschlussfähig 13
Religion: Was ist das eigentlich? 3	Die Verfassungsgebende Nationalversammlung von Weimar 1919 8	Das Projekt linker Religionspolitik 14
Religion ist gesellig 4	Zur Geschichte der Religionsverfassung bis zur Weimarer Republik 9	Thema Religion, Kirchen Religionsrecht in den <i>Politischen Berichten</i> (ab 2011) 15
Die Religion im Rechtssystem 4	Das „Privilegienbündel“ der Körperschaft des öffentlichen Rechts 11	Quellen 16
Eine kurze Geschichte des Laizismus 6		rls-Gesprächskreis Weltanschaulicher Dialog 16

Es fällt auf: Bevorzugt unter sicherheitspolitischen Erwägungen erfolgt im öffentlichen Raum in den letzten Jahren die Beschäftigung mit religiösen Phänomenen. Auf die „Herausforderung“ durch religiös motivierte Gewalt – insbesondere in Form des islamistischen Fundamentalismus und Jihadismus – müsse man reagieren. Von christlichen Fundamentalisten, die mit der Flinte vor Abtreibungskliniken stehen, ist dabei meist nicht die Rede. Man kann die endlosen Wortmeldungen sehen, hören und lesen, wenn die „Verbesserungsvorschläge“ erörtert werden: Es geht um Auswertung von Informationen zum radikalisierenden Potential islamischer Glaubensrichtungen, um Überlegungen, Religionen zu „zivilisieren“, gezielt Einfluss zu nehmen auf die Vermittlung von Glaubensinhalten – z.B. im Kontext der Imamausbildung – und natürlich um Überwachung durch Geheimdienste. Angesichts dieser Ausgangsbasis wäre demnach „Religionspolitik“ heute vor allem als strategisches Defensivkonzept zu verstehen, mit dessen Hilfe die negativen Auswirkungen übersteigter Glaubensüberzeugungen einzudämmen sind. Links und rechts wird da gewaltig gedröhnt.

Im Schatten der medial präsenten Diskussion über Religionen ist allerdings inzwischen auch die Frage – allerdings viel leiser –

nach den vorhandenen Ressourcen zurückgekehrt, die religiös-ethische Ideale für den demokratischen Rechtsstaat entfalten könnten. Vom „sozialen und kulturellen Kapital“ der Religionen ist dabei die Rede, den vopolitischen, religiös in Mythen vorgebildeten Grundlagen der Demokratie oder, wie vor zwei Jahren, als die Debatte im Kieler Landtag zum „Gottesbezug“ in der Verfassung geführt wurde, von den Grenzen demokratischer Verfügungsgewalt, von Gott, dem transzendenten Höheren Wesen, als „Demutsformel“.

Den aktuellen Stand dieser Kontroverse wollen wir in dieser Broschüre erörtern und dabei unser Plädoyer für „Religionsfreiheit“ als aktuell notwendiges Projekt linker Politik begründen. Es ist weder für religiöse noch areligiöse Menschen leicht, angesichts der zunehmenden Pluralität der religiösen Richtungen und Erscheinungsformen, der gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung des Islam und der damit verbundenen Konfliktpotentiale, sich in dieser Debatte zurecht zu finden und – vor allem – für linke Politik eine politisch handlungsfähige emanzipatorische Position zu gewinnen. Historische, rechtliche und soziologische Gesichtspunkte müssen dabei beachtet werden.

Karl-Helmut Lechner, März 2018

Bemerkung zum Ablauf:

Leider musste die Konferenz auf eine Erörterung der gegebenen Projektberichte aus Zeitgründen verzichten. Ebenso war es nicht möglich, im Raum stehende Vorhaben vorzustellen. Die Konferenz hat den Vorstand des Vereins und die Redaktion der Politischen Berichte gebeten, dazu Gelegenheit zu schaffen. Die Arbeit an den laufenden, meist in Kooperation entwickelten Projekten, wird fortgesetzt. Stichworte: Wegemarken / Kalenderblätter – Arbeitsplattform www.linkekritik.de – Religionsfreiheit und

linke Politik. Bei der Vorbereitung der Sommerschule der ArGe besteht die Möglichkeit, einen Beitrag zum Thema „Der große Krieg“ bzw. „Epochenbruch“ zu konkretisieren. Die Arbeitsvorhaben zum Themen Deutschland / Frankreich bzw. Kurdistan / Türkei / Türkeiipolitik sollen in den nächsten Monaten konkretisiert werden.

CHRISTOPH CORNIDES,
i.A. des Präsidiums der Jahresversammlung.

Die Entwicklungen in der Türkei, der türkische Einmarsch in Nordsyrien und die deutsche Türkeipolitik – welche parlamentarische Intervention dagegen ist möglich?

Bericht zur Diskussion von Gökay Akbulut, MdB Die Linke

Sinan Önal Ko-Repräsentant der HDP in Deutschland: Völkerrechtswidriger Angriff und Besetzung Afrins

Im Moment sind die Ko-Vorsitzenden der HDP, Figen Yüsekdağ und Selehattin Demirtaş, zahlreiche Abgeordnete, Bürgermeister, kommunale Mandatsträger sowie Intellektuelle, Journalisten und StudentInnen inhaftiert. Trotz massiver Repressionen hat die HDP die Parteienlandschaft in der Türkei verändert und eine starke prokurdisch-linke Opposition aufgebaut. Wir haben das Potential, zu einer Zwanzig-Prozent-Partei in der Türkei zu werden, und stellen eine Gefahr für den Machterhalt des AKP-Regimes dar. Die HDP hat alle unterdrückten und ausgebeuteten Gruppierungen organisiert und ist mit einem starken Programm aufgetreten. Die HDP hat den höchsten Anteil von Frauen im Parlament und die DBP den höchsten Anteil von weiblichen BürgermeisterInnen in den kurdischen Gebieten. Wir sind das Gegenteil der AKP und repräsentieren eine starke Vielfalt und eine Alternative zum Status quo.

Die Angriffe gegen die KurdInnen wurden wegen der Erfolge der Selbstorganisation in Rojava/Syrien intensiviert. Eine Selbstbestimmung der KurdInnen soll es weder in der Türkei noch in Syrien geben. Der völkerrechtswidrige Angriff und die Besetzung machen deutlich, wie stark der Wille zur Unterdrückung ist. Afrin war eines der sichersten Gebiete seit Beginn des Syrienkrieges. Hunderttausende von Geflüchteten haben dort Zuflucht gefunden. Es wurden Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut, und die Region hatte eine positive Zukunft ohne ethnische oder religiöse Konflikte. Mit der „Operation Olivenzweig“ greift das türkische Militär gemeinsam mit islamistischen Gruppierungen die Region an. Es ist absolut untragbar, dass mit deutschen Panzern und Waffen kurdische Städte angegriffen und besetzt werden.

Gökay Akbulut MdB: Zur deutschen Türkei und Kurdenpolitik

Die AKP hat ab den Wahlen 2002 als Regierungspartei die Macht übernommen und hat einen islamisch-konservativen Kurs eingeschlagen. Die Machtübernahme erfolgte mit der Unterstützung durch die Gülen-Bewegung, die heute als Staatsfeind verfolgt wird. Das Machtbündnis



Gökay Akbulut, MdB Die Linke, Mannheim: Migrations- und Integrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie in der Delegation zum Europarat.

www.linksfraktion.de/fraktion/abgeordnete/profil/goekay-akbulut/

zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP wurde durch Grabenkämpfe geschwächt. Die Gülen-Bewegung wird in Deutschland und Europa als eine moderate Bewegung betrachtet. Sie ist jedoch reaktionär und sektenähnlich strukturiert. Sie verfügt über ein weltweit großes Netzwerk und ist im Bildungs- und Sozialwesen der Türkei stark organisiert. Im Justizwesen und innerhalb der Polizei waren die Gülen-Strukturen etabliert. Die Gülen-Bewegung wird für den gescheiterten Putschversuch im Sommer 2016 verantwortlich gemacht.

Zu Beginn der Regierungszeit der AKP wurde die Lösung der kurdischen Frage in den Mittelpunkt der Agenda gesetzt und ein Friedensprozess in Gang gesetzt. Es wurde verhandelt zwischen den Regierungsvertretern, Abdullah Öcalan, den PKK-Einheiten in den Kandil-Bergen/Irak sowie der HDP. Die HDP fungierte in diesem Prozess als Vermittler. A. Öcalan hatte eine Roadmap für den Friedensprozess ausgearbeitet, die aus drei Phasen bestand. In der ersten Phase sollten die PKK-Einheiten sich zurückziehen und ihre Waffen niederlegen. Im Gegenzug sollte die Regierung im Parlament Reformen umsetzen. In der dritten Phase sollten die Kurden mit ihren Vertretern und Forderungen in die legale Politik integriert werden.

Es wurden drei zentrale Forderungen aufgestellt: Verfassungsrechtliche Anerkennung der ethnischen Vielfalt, unter anderem der kurdischen Ethnie, muttersprachlicher Unterricht an den Schulen sowie kommunale Selbstverwaltung. Der Friedensprozess geriet aufgrund der passiven Haltung der AKP, Reformen umzusetzen, ins Stocken. Parallel zu dem Friedensprozess wurde die militärische Infrastruktur (Militärstützpunkte, Staudämme, Grenzkontrollen) in den kurdischen Gebieten aufgebaut.

Die HDP wurde als Dachpartei gegründet, die die kurdische Partei DBP und zahlreiche linke und alternative Kleinparteien umfasste. In ihrer Programmatik und ihren KandidatInnen repräsentierte die HDP die gesamte ethnische und religiöse Vielfalt der Türkei. Durch Quotierungen wurden Frauen auf allen Ebenen repräsentiert. Es wurde auch ein homosexueller Kandidat (erstmalig in der Parteigeschichte der Türkei) aufgestellt. Die HDP betrachtete sich als die Partei der ArbeiterInnen, der Ausgebeuteten und der Unterdrückten. Durch einen erfolgreichen Wahlkampf trotz massiver Repressionen holte die HDP 13,2 % der Stimmen. Da in der Türkei die Zehn-Prozent-Hürde existiert, war es schwierig für linke und kurdische Parteien, in das Parlament einzuziehen. Aufgrund des historischen Wahlerfolges wurde die Mehrheit der AKP im Parlament geschwächt. Die AKP-Regierung startete einen Kriegskurs gegen die KurdInnen sowohl in der Türkei als auch in Syrien.

Im Norden Syriens in Rojava haben die KurdInnen sich sowohl vom Assad-Regime distanziert als auch von der so genannten syrischen Opposition und haben einen dritten Weg eingeschlagen. Entlang der türkisch-syrischen Grenze (900 km) wurden drei Kantone gemeinsam mit anderen ethnischen und religiösen Gruppierungen gegründet. In Rojava wurde mit dem demokratischen Konföderalismus ein fortschrittliches Modell aufgebaut. Es wurde eine Verfassung verabschiedet, Wahlen organisiert und Rätestrukturen aufgebaut. In den Dörfern und Städten wurde die Bevölkerung organisiert, um die eigenen Probleme und

Fortsetzung Seite 16 ▶

Die Linke gegen den Einmarsch der Türkei in den kurdischen Gebieten in Nord-Kurdistan und zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin:

Dietmar Barsch, Ko-Vorsitzender der Bundestagsfraktion die Linke, Interview Deutschlandfunk 21.3.2018

„Wir haben eine Mitverantwortung“

DF: Jetzt haben wir uns heute Morgen verabredet, Herr Bartsch, weil wir auf die ernste Lage in Syrien schauen wollen, in Afrin. Da gibt es ja auch aus Ihrer Partei scharfe Kritik an der Bundesregierung, daran, dass das türkische Vorgehen nicht klar genug verurteilt würde.

Bartsch: Ja.

DF: Nach allem, was wir inzwischen wissen über den türkischen Präsidenten Erdogan, gehen Sie denn davon aus, wenn es Kritik aus Deutschland gäbe, dass Erdogan umgehend abziehen würde aus Afrin?

Bartsch: Das Problem ist ja, dass es nicht nur keine Kritik gibt. Es ist so, dass sehr, sehr vage überhaupt etwas gesagt wird. Und schauen Sie: Wenn wir sehen, dass durch Afrin ein deutscher Leopard-Panzer rollt, dann wissen wir, dass es eine Mitverantwortung gibt. Allein in den letzten Wochen seit dem Einmarsch der Türkei nach Syrien wurden 20 Exportgenehmigungen für Waffen an Erdogan durchgeführt. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Wir haben eine Mitverantwortung. Und es ist ein Nato-Partner. Ich finde, dieses Schweigen der Bundesregierung ist peinlich und ist unverantwortlich. Dort finden Massaker statt. Da kann ich nun wirklich überhaupt nicht erkennen, warum man hier zurückhaltend sein soll. Was Erdogan dann macht, ist eine andere Frage, aber deutliche Maßnahmen wären notwendig wie der Stopp der Waffenexporte.

„Stopp mit Waffenexporten“

DF: Der Punkt ist, glaube ich, angekommen. Das verstehen sicherlich hier im Land auch viele. Aber die Frage bleibt ja, welche Regularien, welche Mittel hätte die Bundesregierung dann in der Hand, um Erdogan zu stoppen?

Bartsch: Ich glaube, dass es dort eine breite Palette gibt. Wenn wir alle Bundeswehrsoldaten aus der Türkei wirklich abziehen, wenn wir wirklich sagen, Stopp mit Waffenexporten – und er hätte keine Leopard-Panzer, um das mal klar zu sagen, wenn Deutschland die nicht exportieren würde...

DF: Das sind ja teilweise Lieferungen aus den 90er-Jahren. Den Punkt hatten wir ja gerade schon.

Bartsch: Na ja. Nein, das sind ganz aktuelle Lieferungen leider. Aber es gibt natürlich auch die Möglichkeiten, Druck auszuüben über klare Positionierungen. Gabriel hat ja eine Reisewarnung abgegeben. Das war wirkungsvoller. Deswegen hat es überhaupt ein Einlenken von Erdogan gegeben.

Aber wir können uns doch nicht damit abfinden. Das ist doch der Kern. Und eine klare Positionierung mit den europäischen Partnern würde bei Erdogan zu Veränderungen führen.

„Wir brauchen endlich eine Lösung, die die Menschen im Blick hat“

DF: Wenn wir aufs Gesamtbild schauen in Syrien, wäre den Menschen, wäre den Zivilisten im Land nicht viel mehr geholfen, wenn der russische Präsident Putin aufhören würde, den syrischen Präsidenten Assad zu unterstützen, der ja seine eigene Bevölkerung grausamst bekämpft?

<https://www.die-linke.de/themen/international/themen/irak-syrien-und-der-is/news/keine-voelkerrechtswidrige-besatzung-von-afrin/>

Bartsch: Auch die Situation in Ost-Ghouta und was dort von verschiedensten Parteien gemacht wird, einschließlich auch Russlands, ist so überhaupt nicht zu akzeptieren. Endlich müssen die ständigen Sicherheitsratsmitglieder, in besonderer Weise die Vereinigten Staaten und Russland, müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Denn das trifft ja für Afrin zu, wo es selbstverständlich mit Billigung auch der Amerikaner läuft, was die Türkei macht, und was in Ost-Ghouta läuft, das läuft auch mit Billigung der Russen. Wir brauchen endlich eine Lösung, die die Menschen im Blick hat. Diese Katastrophe, die dort abläuft, der kann man doch nicht einfach nur tatenlos zusehen. Deshalb: Da wünsche ich mir viel, viel mehr Engagement der Bundeskanzlerin im Rahmen der Nato, im Rahmen der Bündnispartner, damit hier wirklich endlich etwas passiert.

„Die Kurden, werden wieder einmal auf dem Tablett weltpolitischer Schachereien geopfert“

DF: Jetzt sind wir aber ja bei Ihnen und bei Ihrer Position, und wenn ich da höre, Sie sagen, das ist überhaupt nicht zu akzeptieren, ist das nicht auch eine ziemlich schwach dosierte Kritik, wenn wir vergleichen die Wortwahl von Sahra Wagenknecht, die die Waffenlieferungen als ungeheuerlichen Wahnsinn bezeichnet? Ist das, was Präsident Putin in Syrien macht, nicht auch allermeistens ungeheuerlicher Wahnsinn?

Bartsch: Es ist sowohl als auch, denn Leidtragende ist die Zivilbevölkerung. Deswegen muss es Lösungen geben. Das was dort jetzt abläuft, und zwar an verschiedenen Fronten – es gab ja ein paar Fenster, wo man eine Chance gesehen hat, dass das Land vielleicht befriedet wird. Aber da kommt man immer wieder auf die Grundfragen: Warum kann der Krieg geführt werden? Wer führt diesen Krieg? Da muss die internationale Gemeinschaft wirklich alles Mögliche tun. Die Kurdinnen und Kurden, um ein Beispiel zu sagen, werden wieder einmal auf dem Tablett weltpolitischer Schachereien geopfert. Ich finde das einen unhaltbaren Zustand. Die Wortwahl, die kann ich so scharf wählen, wie Sie wünschen. Das hilft ja nur im Interview nicht weiter. Ich fordere die Regierung auf zu handeln und sage noch mal: Es sind Nato-Partner, die hier agieren. Aber es gilt genauso für alle dort agierenden Kriegsparteien.

Katja Kipping, 22.3.2018

Keine völkerrechtswidrige Besetzung von Afrin

Die Vorsitzende der Partei Die Linke, Katja Kipping, äußert sich zur Regierungserklärung der Kanzlerin, in der Angela Merkel auch auf den Krieg in Syrien einging: Es reicht nicht, wenn Angela Merkel im Nachhinein den Krieg Erdogans in Afrin verurteilt. Dafür können sich die vertriebenen Kurden nichts kaufen.

Die Bundesregierung muss jetzt im Nato-Rat ein doppeltes Veto gegenüber der Türkei aussprechen: Keine ethnischen Säuberungen in dem syrisch-kurdischen Gebiet und keine völkerrechtswidrige Besetzung von Afrin.

Solange die türkische Armee in Afrin steht, und solange die vertriebene Bevölkerung nicht zurückkehren kann, sollten alle bilateralen und europäischen Zahlungen an die Türkei eingefroren werden.



- Bedürfnisse selbst zu lösen. Durch diese basisdemokratischen Strukturen als Alternative zum zentralistisch organisierten Nationalstaat und insbesondere durch die Gleichstellungspolitik wurde Rojava zu einem einzigartigen Projekt in der gesamten Region. Durch den Widerstand in Kobane gegen die Barbarei des Islamischen Staates sowie der Rettung der Jesiden aus dem Sindjar-Gebirge erhielten die KurdInnen weltweit Aufmerksamkeit. Die kurdische Frauenbewegung hat durch den Kampf gegen islamistische Gruppen und durch die Selbstorganisation der Frauen in den Dörfern und Städten einen Umbruch in den feudal-patriarchal und religiös geprägten Gesellschaften ausgelöst.

Rudolf Bürgel, Die Linke Karlsruhe: Deutsche Waffenexporte

Im Kriegskurs der AKP-Regierung gegen die KurdInnen haben deutsche Waffen eine wichtige Rolle gespielt. Das türkische Militär hat ganze Städte und Stadtteile in Cizre, Nusaybin, Amed/Sur zerbombt. Die Waffenlieferungen in die Türkei müssen umgehend gestoppt werden. Gerade deutsche Waffenkonzerne wie Heckler & Koch oder Rheinmetall machen Profite.

Tahir Kocer, NAVDEM Co-Vorsitzender: Repressionen gegen die KurdInnen in Deutschland

Aufgrund des PKK-Verbotes werden die KurdInnen und ihre Organisationen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Im März 2016 wurden durch das Innenministerium auch Symbole der YPG/YPJ unter das PKK-Verbot gestellt. Zahlreiche kurdische Vereine und Organisationen werden repressiv behandelt. Selbst der Verband der Studierenden aus Kurdistan wird beobachtet. Auf Kundgebungen und Veranstaltungen kommt es regelmäßig zu Ausschreitungen, weil bestimmte Fahnen und Symbole verboten sind. Insbesondere Bilder von Abdullah Öcalan werden beschlagnahmt. Die gesamte kurdische

Opposition wird in Deutschland kriminalisiert und per se als gewaltbereit abgestempelt. Während die Bundesregierung weiterhin mit dem AKP-Regime kooperiert, werden die KurdInnen repressiv behandelt.

Die Beteiligten in der Diskussion:

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei gehen bereits 150 Jahre zurück. Die wirtschaftlichen Interessen und die Waffenexporte sind für die Bundesregierung besonders wichtig. Auf Wunsch von Erdogan sollen die kurdischen Strukturen in Deutschland geschwächt werden. Inzwischen sind bei Großveranstaltungen mit Zehntausenden von TeilnehmerInnen die Auflagen enorm verschärft worden. Die Behörden versuchen mit allen Mitteln, keine Großveranstaltungen oder Demonstrationen zu genehmigen. Zuletzt wurde das Newroz-Fest in Hannover verboten und erst nach Klagen und starker Öffentlichkeitsarbeit wieder genehmigt.

Außerdem wurden in Neuss der Mezopotamien Verlag und Vertriebs GmbH sowie die MIR Multimedia GmbH auf Anordnung des Innenministeriums gestürmt. Es wurden LKW voll mit kurdischer Literatur, Musik, Zeitschriften usw. beschlagnahmt. Gerade für KünstlerInnen und AutorInnen, die im Exil leben und deren Texte und Bücher in der Türkei verboten sind, ist dieses Vorgehen ein bitterer Rückschlag. Es wurden 30 Jahre kurdische Exilliteratur beschlagnahmt.

Obwohl auf der einen Seite Repressionen in Deutschland zunehmen, entsteht auf der anderen Seite eine große Solidaritätsbewegung. In zahlreichen Städten wurden Afrin-Bündnisse gegründet, die Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen umfassen. Es ist wichtig, dass diese Solidarität weiterhin gestärkt wird und gemeinsam Bündnisse aufgebaut werden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in den kurdischen Gebieten in Nordsyrien und gegen die Versuche, diese besetzten Gebiete der Türkei anzugliedern, Stellungnahmen im Bundestag, in der EU, im Europaparlament und im Europarat zu erreichen, die den Rückzug hinter die türkischen Grenzen und Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderung beschließen. ■